

Ausdruck einer grundsätzlichen Entfremdung innerhalb der Union



Von **Nikolaus Doll**
Ressort Politik

Stand: 28.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



Intern in der Kritik: Bundeskanzler Friedrich Merz (l.) und Unionsfraktionschef Jens Spahn (beide CDU)

Quelle: picture alliance/dpa/Fabian Sommer

Die „Renten-Rebellion“ in der Union ist nur vertagt: Die Führung um Kanzler Merz bekommt das eigene Lager nicht in den Griff. Der jüngste Konflikt ist nur ein Beispiel für die krisenhafte Zuspitzung um die Spitzenmänner der CDU.

Das Gesicht von Junge-Union-Chef Johannes Winkel (CDU) ist wie versteinert, als er kurz nach acht Uhr am Freitagmorgen im Bundestag in den Fraktionssaal der Union zur Sondersitzung eilt. Zuvor haben Bundeskanzler Friedrich Merz, Kanzleramtsminister Thorsten Frei und Unionsfraktionschef Jens Spahn (alle CDU) ihn und die Gruppe junger Abgeordneter noch einmal eine Stunde lang bearbeitet, den Widerstand gegen das Rentengesetz von Sozialministerin und SPD-Chefin Bärbel Bas aufzugeben. Der Druck auf die Abgeordneten wurde noch mal erhöht.

In der Fraktionssitzung geht es dann hoch her. Winkel bleibt bei seiner Kritik am Rentenentwurf der Regierung. Aber am Ende kann Merz wenig später im Kanzleramt verkünden: Der Gesetzentwurf, der unter anderem die Festschreibung des Rentenniveaus bis zum Jahr 2031 vorsieht, werde nicht mehr geändert und bereits nächste Woche durch den Bundestag gebracht. So will der Kanzler das, und so will das vor allem die SPD.

Im Koalitionsausschuss, der in der Nacht bis kurz nach zwei Uhr tagte, hatten dafür die Sozialdemokraten Zugeständnisse beim Verbrenner-Aus gemacht. „Ich denke, es wird eine hohe Zustimmung der Bundesfraktion zu diesem Vorschlag geben“, sagt der Kanzler zum Rentengesetz.

Ist damit die „Renten-Rebellion“ zu Ende? Sicher nicht. Die 18 Abgeordneten der Jungen Gruppe wollen keine Zusagen in Form eines „Begleittextes“, wie sie ihn nun bekommen haben, weil der anders als ein Gesetz nicht rechtsverbindlich ist. Sie wollen den angebotenen Sitz in der Rentenkommission nicht, weil das Gremium zur Erarbeitung einer umfassenden Reform nach ihrer Meinung nicht mit Politikern, sondern mit Fachleuten besetzt werden sollte. Und sie glauben nicht an das Versprechen, dass es nach Verabschiedung des Gesetzes endlich einen Umbau der Renten gibt – weil sie der SPD und dem eigenen Kanzler misstrauen.

Die Junge Gruppe hat vorerst zurückgesteckt, aber erst am kommenden Dienstag soll die Fraktion eine abschließende Entscheidung fällen. Der Kanzler selbst hat angeboten, „über das Wochenende noch mal den einen oder anderen Aspekt miteinander (zu) diskutieren“, was ungewöhnlich ist. Es ist keineswegs klar, wie sich die jungen Abgeordneten und ihre Unterstützer, die bis hoch zu den CDU-Ministern reicht, verhalten werden. Der Renten-Konflikt in der Union ist weder beigelegt noch niederkartätscht. Er ist vertagt.

Um die Rente wird in der Union deshalb so verbissen gerungen, weil der Konflikt Symptom einer grundsätzlichen Entfremdung von Teilen der Fraktion einerseits und der Fraktionsspitze und dem Kanzler andererseits ist. Dass die Verwerfungen sich derart ausbreiten konnten, offenbart schonungslos die Schwächen der Merz-Kanzlerschaft.

„Die Mutter aller Fehler war, wie wir das [500-Milliarden-Sondervermögen \(https://www.welt.de/politik/deutschland/article255639678/Bund-der-Steuerzahler-Das-Sondervermoegen-wird-zum-staatlichen-Selbstbedienungsladen.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article255639678/Bund-der-Steuerzahler-Das-Sondervermoegen-wird-zum-staatlichen-Selbstbedienungsladen.html) für die Infrastruktur verabschiedet haben“, gesteht ein Mitglied des Fraktionsvorstands ein. Damals war Merz nur Wahlsieger, noch kein Kanzler.

Das „Sondervermögen“ hatten viele in der Union nur mitgetragen, weil das Geld für zusätzliche Investitionen gedacht und an ein Reformversprechen gebunden war. Inzwischen steht fest: Die Schulden werden gemacht, Reformen wird es aber nicht geben, stattdessen werden Haushaltslöcher gestopft. Das stößt viele in der Unionsfraktion vor den Kopf. Bei der Rente befürchten die jungen Abgeordneten dasselbe: hohe Kosten, keine Reformen.

„Spahn meinte: O.k., verstanden. Und dann...“

Der, der die Fraktion auf Kurs halten und für den Kanzler die Mehrheiten bei Gesetzen organisieren muss, ist Fraktionschef Spahn. Das mit der Mehrheit funktionierte aber schon bei der Wahl von Merz zum Kanzler im Mai nicht auf Anhieb. Der wurde erst im zweiten Wahlgang gewählt.

„Bei den Verweigerern waren ziemlich sicher auch Leute von uns dabei“, vermutet ein Mitglied des Fraktionsvorstands, das mehrere schwarz-rote Koalitionen mitgemacht hat. Die Kanzlerwahl war Denkmittel Nummer eins der Fraktion.

Dann kam der Streit über die Wahl neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht. Spahn hatte der SPD die Zustimmung der Union für deren Kandidatin [Frauke Brosius-Gersdorf](https://www.welt.de/vermishtes/article68f1e9a22f6e3c54ca984e60/markus-lanz-frauke-brosius-gersdorf-spricht-ueber-ihre-enttaeuschung-ich-bin-in-der-woche-gefluechtet.html) (<https://www.welt.de/vermishtes/article68f1e9a22f6e3c54ca984e60/markus-lanz-frauke-brosius-gersdorf-spricht-ueber-ihre-enttaeuschung-ich-bin-in-der-woche-gefluechtet.html>) versprochen, konnte aber nicht liefern. Im letzten Moment musste die Wahl im Juli abgesagt werden, weil der Widerstand in der Union gegen die Kandidatin zu groß war. Das war Denkmittel Nummer zwei der Fraktion. Und im Fall der Rente ist es der dritte.

Der Unterschied zu den vorangegangenen: Dieses Mal kam er mit Ansage. Unter den jüngeren Unions-Abgeordneten gab es seit Wochen Kritik am Gesetzentwurf zur Rente. Im September traf sich dazu die Junge Gruppe mit Spahn. „Wir haben gesagt, das ist ein echt großes Thema für uns. Spahn meinte: O.k., verstanden. Und dann ist nichts mehr passiert“, erzählt einer der Teilnehmer des Treffens.

Für den Rentenstreit und die vorangegangenen Pannen allein den Fraktionschef verantwortlich zu machen, greift allerdings zu kurz. Denn viele Abgeordnete bescheinigen Spahn, „wenigstens alles zu versuchen, um zu heilen, was andere verbockt haben“, wie ein Abgeordneter sagt. „Andere“ meint den Kanzler und Parteivorsitzenden sowie seinen Kanzleramtschef, Thorsten Frei (CDU).



Kanzleramtschef Thorsten Frei (CDU)

Quelle: Michael Kappeler/dpa

Vor allem die Kritik an Merz fällt harsch aus. „Friedrich Merz ist nach sieben Monaten dort, wo Angela Merkel nach zehn Jahren war: ganz und gar auf der internationalen Bühne“, seufzt ein Mitglied des Fraktionsvorstands, der eigentlich ein Merz-Anhänger ist. Sprich: Innenpolitik sei für Merz nachrangig.

Dass der Kanzler nach Ansicht der Fraktion ein Kommunikationsproblem habe, kann man dort überall hören. Der Verzicht, die Stromsteuer nicht für alle zu senken, sei mit der Fraktion beispielsweise nicht abgesprochen worden – genau wie die überraschende Entscheidung, Waffenexporte nach Israel teilweise zu stoppen.

Am Rande einer Sitzung des CDU-Bundesvorstands im Juli in Berlin hatten Teilnehmer Merz gewarnt, dass es beim Thema Rente erheblichen Widerstand aus der Fraktion geben könne. „Merz hat mit keinem Wort erwähnt, dass es da schon eine Festlegung mit der SPD gab“, erinnert sich ein Teilnehmer.

Nun haben Bundeskanzler zur Koordinierung der Regierungsarbeit mit den Fraktionen den Kanzleramtschef an der Seite. Die Kritik an der Amtsführung von Frei ist seit Monaten unüberhörbar. Auch im Fall der Rente. Anfang August war der Gesetzentwurf im Kabinett behandelt worden. Zuvor hatte es die Ressortabstimmung, also die Befassung der Ministerin mit der Angelegenheit, gegeben und parallel dazu die sogenannte Frühkoordinierung. Dabei wird auch die Fraktion eingebunden. „Spätestens da hätte Frei im Kabinett ein Stoppschild für den Gesetzentwurf aufstellen müssen, angesichts der Kritik. Aber es ist nichts passiert“, sagt ein einbezogenes Fraktionsmitglied.

In den schwarz-roten Koalitionen unter Führung von Angela Merkel (CDU) wären solche handwerklichen Fehler weniger aufgefallen, da hatten Union und SPD jeweils satte Mehrheiten. Aber nun beträgt die nur zwölf Stimmen, das Gewicht des einzelnen Abgeordneten hat damit spürbar zugenommen. Und das in einer Fraktion, die sich von der AfD getrieben (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68fo96of06329773ec673d5d/umgang-mit-rechtsaussen-partei-die-botschaft-der-union-wer-afd-waehlt-verschenkt-seine-stimme.html>) sieht und der die Partei- und Fraktionsspitze – wie den Wählern – für den Fall eines Wahlsiegs „Einfach mal machen“ versprochen hatte. Und in der viele jetzt oft das Gefühl haben, nicht zu liefern.

Nikolaus Doll (<https://www.welt.de/autor/nikolaus-doll/>) *berichtet über die Unionsparteien und die Bundesländer im Osten.*